



AfD Fraktion Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

Fraktionsvorsitz: Klaus Gagel

Fraktionsgeschäftsführung: Christian Kessner

Bankverbindung: vr-bank Untertaunus

IBAN: DE52 5109 1700 0010 7721 17

Taunusstein, den 31.07.2019

Herrn
Kreistagsvorsitzender
Klaus Peter Willisch
c/o Sitzungsdienst Harald Rubel
Email: harald.rubel@rheingau-taunus.de

27/19

Antrag (07/19) der AfD-Fraktion Kreistagsitzung zu III. /27.08.2019

JR 31/07

Sehr geehrter Herr Rubel,

anbei der folgende Antrag der AfD-Fraktion:

Der Kreistag möge beschliessen:

1. Der Kreistag unterstützt die Beschlussfassung des Präsidiums des Hessischen Städte- und Gemeinde-Bundes vom 06. Juni 2019 und lehnt den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf „Starke Heimat Hessen“ (Drucksache HLT 20/784) ab.
2. Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung die zum Jahresende 2019 auslaufende bundesgesetzliche Regelung für die erhöhte Gewerbesteuerumlage nicht durch eine neue, als Gesetzesinitiative, u.a. durch eine verfassungsrechtlich erheblich bedenkliche Heimatumlage des Landes Hessen zu ersetzen, sondern die frei werdenden Mittel zu 100% den Gemeinden zu belassen, die alleine nach § 6 Abs. 1 GFRG umlagepflichtig sind und damit den Gesetzesentwurf zurückzuziehen.
3. Der Kreistag fordert daher auch den Hessischen Landtag auf, den geplanten Gesetzesentwurf „Starke Heimat Hessen“ abzulehnen.
4. Der Kreistag fordert die Bürgermeister der angehörigen 17 Städte und Gemeinden des Kreises auf, sich beim Länd Hessen ebenfalls dafür einzusetzen, den geplanten Gesetzesentwurf zurückzunehmen.

Begründung:

Die Gewerbesteuer ist eine originär gemeindliche Steuer, die den Städten und Gemeinden zu belassen ist. Es handelt sich bei der erhöhten Gewerbesteuerumlage, welche die Kommune abzuführen haben, um eine bundesgesetzliche Regelung, die zum 31.12.2019 auslaufen wird.

Der Bundesgesetzgeber hat somit in der Neufassung des § 6 GFRG eine klare Regelung zu Gunsten der Kommunen zur Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden getroffen.

Es war und ist der Wunsch der Hessischen Landesregierung, dass es hierzu einer Anschlussregelung bedarf, die aber seitens des Bundes nicht erfolgt ist.

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@rtk.afd-hessen.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautaunus

Internet: www.afd-rtk.de

Seite 1/2



Somit stellt die Absicht des Landes Hessen mit dem Gesetzgebungsverfahren zum Programm „Starke Heimat Hessen“ eine eigene Anschlussregelung dar, welche nicht im Interesse der Gemeinden ist und einen Zugriff durch das Land auf die frei werdenden gemeindlichen Mittel ermöglichen soll.

Auch wenn die Mittel wieder an die Kommunen zurückfließen sollen, ist dieses jedoch an Bedingungen und Antragsverfahren gebunden, die den kommunalen Verwaltungen die freie Verfügung über eingenommene Steuern nimmt und obendrein die parteipolitische Agenda von CDU und Grünen über die Art der Mittelverwendung stützt (nachzulesen im Koalitionsvertrag CDU/Grüne 2019, Rz. 7345).

Dies bedeutet somit eine neue landesgesetzliche Regelung, die gravierend in die kommunale Selbstverwaltung bzw. Selbstverantwortung eingreift und damit verfassungsrechtlich höchst kritisch zu bewerten ist.

Das Land Hessen hat mit den bereits bestehenden Umlage- und Finanzausgleichssystemen genügend Grundlagen geschaffen, um Aufgaben der Städte und Gemeinden solidarisch zu finanzieren. Hierzu bedarf es keiner neuen zusätzlichen Umlage.

Der Kreistag hat sich in der Sitzung vom 18.06.2019, TOP III.11, bereits dafür ausgesprochen, dass finanzieller Spielraum durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen den hessischen Kommunen in angemessenem Umfang zugutekommen muss, um dem Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung mit entsprechender finanzieller Ausstattung Rechnung zu tragen.

Auf kommunaler Ebene haben sich bereits viele Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadtkämmerer gegen die Heimatumlage ausgesprochen, so z.B.

Frankfurt am Main Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker
Wiesbaden Stadtkämmerer Axel Imholz
Kassel Oberbürgermeister Christian Geselle
Darmstadt Oberbürgermeister Jochen Partsch und Stadtkämmerer André Schellenberg
Offenbach am Main Bürgermeister und Stadtkämmerer Peter Freier
Hanau Oberbürgermeister Claus Kaminsky
Fulda Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld
Neuhof Bürgermeister Heiko Scholz
Hünfeld Bürgermeister Stefan Schwenk
Feldatal Bürgermeister Leopold Bach
Friedrichsdorf Bürgermeister Horst Burghardt
Limburg Bürgermeister Marius Hahn

Gez. Klaus Gagel

Fraktionsvorsitzender

AfD Fraktion im Kreistag des Rheingau Taunus

Postfach 14 39, 65 222 Taunusstein

eMail: fraktion@rtk.afd-hessen.de

Facebook: www.facebook.com/afdrheingautanus

Internet: www.afd-rtk.de

Seite 2/2